

Hoffmann: „Es kommt darauf an, jetzt massiv etwas gegen Berufsverbote zu unternehmen“

GEW-Mitgliederversammlung „empört über das Verhalten der Stadt“

Herten. Die Nichtbeschäftigung des voll ausgebildeten Lehrers Hubert Brieden an der Gesamtschule („Berufsverbot“) habe zu Unterrichtsausfall in drei Schulklassen geführt und bei Lehrern „Angst hervorgerufen um den eigenen Arbeitsplatz und Angst vor offener Meinungsäußerung“. Dies erklärte Emil Krey, Mitglied der Betriebsgruppe der Gewerkschaft Er-

ziehung und Wissenschaft (GEW) an der Gesamtschule während einer Versammlung am Montagabend im Jugendheim Hagedorn. Zu der Veranstaltung hatte der „Gewerkschaftliche Arbeitskreis gegen den Abbau von demokratischen Rechten und Freiheiten in der BRD“ eingeladen, um vor allem Eltern über „Berufsverbote“ in Herten zu informieren.

Auf der jüngsten Mitgliederversammlung der GEW, so erklärte Krey weiter, seien die sofortige Abschaffung der Berufsverbote und die Wiedereinstellung Briedens gefordert worden. Zudem sei die GEW „empört über das Verhalten der Stadt“. „Wir haben erwartet, daß die Stadt Stellung bezieht zu dem „Berufsverbots-Fall“ und es sei erstaunlich, daß bisher „keine Reaktion kommt“. Zumal u. a. an Bürgermeister Willi Wesel Informationsmaterial und Unterschriftenlisten zugunsten Briedens gesandt worden seien und der Rocklinghäuser Stadtverbandsvorsitzende der Jungsozialisten Klaus Eppels, einen Heribert Netz-

berren und die hiesigen Jungsozialisten angesprochen habe.

Zur Sprache kam auch der „Fall“ des Eisenbahners Jürgen Hoffmann, der zum 31. März wegen seiner DKP-Mitgliedschaft entlassen werden soll. Daß gerade die Entlassung stattfinde zu einem Zeitpunkt, da die Presse voll sei mit Diskussionen über die Liberalisierung der Überprüfungspraxis, veranlaßte Hoffmann zu der Werbung, derlei Diskussionen seien lediglich „Getöse“ und „Kosmetik“.

Für Hoffmann werde sich, so wurde letzte betont, die Entlassung aus dem Bundesbahndienst besonders gravierend erweisen, da er als Beamter niemals Beiträge zur Arbeitslosenversicherung habe

bezahlen müssen und somit keine Unterstützung vom Arbeitsamt erwarten könne.

Hoffmann weiter: „Es kommt darauf an, jetzt massiv etwas gegen Berufsverbote zu unternehmen.“ In diesem Sinn seien auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Steger und 11 weitere Bundestagsabgeordnete eingeschaltet worden, die sich für Hoffmann und Brieden einsetzen wollen.

Der „Gewerkschaftliche Arbeitskreis gegen den Abbau von demokratischen Rechten und Freiheiten in der BRD“ trifft sich das nächste Mal am 12. März, ansonsten immer an jedem ersten Montag im Monat jeweils um 19.30 Uhr in der Gaststätte „Zum Hünberg“ in Rocklinghausen.

-w-



Über „Berufsverbote“ informierten am Montagabend im Jugendheim Hagedorn Hubert Brieden, selbst betroffener Lehrer (von rechts), Klaus Eppels, Stadtverbandsvorsitzender der Rocklinghäuser Jungsozialisten, Michael Weber, DGB-Kreisvorstand, Joachim Palmouer, Werkkreisleiter für die Arbeitswelt, Emil Krey, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, und Jürgen Hoffmann, vom „Berufsverbot“ betroffener Eisenbahner.

Foto: Jäger